

Schwerpunkt „Bildung“ im Wahlprogramm der SPD Frankfurt zur Kommunalwahl 2006

Bildung für alle

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Kind eine ihm entsprechende, bestmögliche Entwicklung zu sichern. Kinder können ihren individuellen Lernweg verfolgen, wenn Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen und Bildungspolitiker/innen zusammen arbeiten, um den entsprechenden Rahmen zu schaffen. Bildungspolitik bedeutet in erster Linie, Chancen zu eröffnen, Ziele zu stecken und Wegbegleiter zu sein. Die SPD Frankfurt forciert die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen mit folgenden Zielen:

1. Jedes Kind hat das Recht auf bestmögliche Unterstützung bei der Verfolgung seines individuellen Lernwegs, das institutionelle Bildungssystem muss sich hieran anpassen und messen lassen.
2. Anstatt Fehler zu zählen müssen die Talente und Fähigkeiten der Kinder wieder deutlicher in den Mittelpunkt rücken. Sie gilt es zu fördern. Ihre Talente und Fähigkeiten sind die Chance für alle Kinder, ihren bestmöglichen Platz in der Gesellschaft zu finden.
3. Bildung, Betreuung und Erziehung sind eine Einheit und gehören zur ganzheitlichen Förderung des Menschen. Sie sollten nicht durch Institutionen und Finanzzuständigkeiten künstlich getrennt sondern zusammen gedacht werden.
4. Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Betreuung müssen integraler Bestandteil des Bildungsalltags werden. Ein Kind soll nicht die Schule verlassen müssen, um die ihm zustehende Unterstützung zu bekommen.
5. Schulversagen, das sich durch schlechte Noten, Sitzenbleiben, Absentismus oder Schulabbruch äußert, muss der Vergangenheit angehören. Wir wollen durch geeignete Maßnahmen die unterschiedlichen Formen des Schulversagens auf ein Minimum reduzieren.

Insbesondere Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft von Schulproblemen betroffen. Bundesweit bleiben heute 25% der Migrantenkinder jedes Jahrgangs ohne Ausbildungsabschluss. Ein besonderer Schwerpunkt der Bildungspolitik der nächsten fünf Jahre liegt daher in der Förderung der Kinder und Jugendlichen aus Migrantenfamilien.

Frühförderung: Von Anfang an gemeinsam

Je früher mit der spielerischen Bildung der Kinder begonnen wird, desto leichter können sie ihre Fähigkeiten später selbst entwickeln. Wir wollen, dass möglichst alle Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren eine individuelle, sprachliche, kulturelle und lernmethodische Förderung erfahren, die die Grundlage für ihre weitere Entwicklung legt. Wichtig ist an dieser Stelle vor allem die Unterstützung der Eltern, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren. Eine Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern ist daher dringend erforderlich. Außerdem muss frühkindliche Bildung und Betreuung kostenlos angeboten werden, damit alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung haben. Die Sprachförderung muss so früh ansetzen, dass die Vorlaufkurse der Hessischen Landesregierung überflüssig werden und alle

Kinder im Laufe ihrer Kindergartenzeit sprachlich so gefördert werden, dass ihre Einschulung problemlos erfolgen kann. Wir werden dazu folgende Maßnahmen ergreifen:

- Kontinuierliche Neuschaffung von 300 Krippenplätzen pro Jahr in Erweiterung des derzeitigen Programms
- Kostenlose Bereitstellung von Kita- und Hortplätzen für alle Kinder eines Jahrgangs, übergangsweise kostenloses letztes Kindergartenjahr (Vorschule)
Entgegen der Auffassung des hessischen Innenministers halten wir die Höhe der Frankfurter Kita-Gebühren, die Größe unserer Kindergartengruppen und unsere personelle Ausstattung für zukunftsweisend und begreifen sie als Vorbild in der Region und als Standortvorteil für unsere Stadt, die auch wieder für junge Familien attraktiv sein will. Eine kostendeckende Gebührenerhebung lehnen wir ab!
- Einführung von Frühförderprogrammen in den Kitas, u.a. mit folgenden Elementen
 - Sprachförderung in Deutsch und zusätzlich in der Muttersprache
 - Sozial- und sonderpädagogische Betreuung und Beratung
 - Kulturelle Bildung (lesen, spielen, musikalische/künstlerische Früherziehung)
Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Bildung mehr ist als Wissen und nicht nur in der Schule stattfindet. Schlüsselkompetenzen sind weiter zu fassen als die Fähigkeit zu Lesen und zu Rechnen, so unerlässlich diese sind. Eine möglichst frühe und nachhaltige Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Formen von Kunst ist anzustreben. Die hieraus resultierende Persönlichkeitsentwicklung steht als Bildungsziel gleichberechtigt neben der Berufsqualifizierung und der politischen Partizipation. Dieser ganzheitliche Bildungsbegriff kann nicht nur durch die Kita und die Schule vermittelt werden. Wir machen uns deshalb für eine institutionalisierte Kooperation zwischen Kitas, Schulen und Kultureinrichtungen stark.
- Flächendeckende Einführung von Erziehungsverträgen mit den Eltern
- Stadtweite Durchführung einer Sprachstandserhebung aller vierjährigen Kinder in Kooperation mit der J.W.Goethe-Universität
- Ausbildung von „Stadtteilmüttern“ und Entwicklung eines „Kita-Rucksacks“ für die gemeinsame Erziehung in Kita und Elternhaus
- Erweiterung der Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher/innen um die Inhalte der frühkindlichen Bildung und den Erwerb von interkultureller Kompetenz.

Wir setzen uns zudem für die Reform der Erzieherinnenausbildung ein, die endlich gemäß dem Beispiel unserer europäischen Nachbarn als Fachhochschulstudium ausgestaltet werden soll. Außerdem muss im Rahmen der BAT-Reform eine Gehaltsverbesserung durchgesetzt werden. Dieser wichtige Beruf, der die Weichen für die Zukunft unserer Kinder stellt, verdient mehr Anerkennung und Aufwertung!

Grundschulen: Bündnis für Bildung im Stadtteil

Wir wollen die Grundschule mit ihrem Ansatz des gemeinsamen Lernens für alle beibehalten und um zusätzliche Fördermaßnahmen ergänzen. Ziel ist eine pädagogisch begründete, verlässliche Ganztagsschule, die in die Aktivitäten des Stadtteils eingebunden ist. Darüber hinaus wollen wir einen möglichst fließenden Übergang zwischen

Kindergarten, Grundschule und weiterführender Schule herstellen, was jahrgangsbereitende Entwicklungsplanungen und stadtteilbezogene Koordination erfordert. Die SPD wird in Frankfurt erste Schritte hierzu tun:

- Einstieg in die pädagogische Ganztagschule mit stadtteilspezifischen Schulprofilen und einer Schuleingangsstufe in den ersten beiden Schuljahren, die in einem oder bei Bedarf auch in drei Jahren durchlaufen werden kann
- Übergangsweise: Versorgung der Kinder von 7.00 bis 18.00 Uhr flächendeckend in Frankfurt auf Basis räumlicher und pädagogisch integrierter Konzepte
- Fortführung der Förderprogramme aus dem Elementarbereich, einschließlich der kulturellen Bildung und der Elternarbeit mit Migranten/innen durch Stadtteilmütter
- Erprobung von Formen des individuellen Unterrichts und der individuellen Lernpläne
- Ab dem dritten Schuljahr Frühenglisch flächendeckend in allen Grundschulen
- Verstärkung der Angebote von Schulsozialarbeit und Erziehungshilfe und Reintegration der Sonderschüler/innen aus dem Grundschulbereich in die Regelschulen
- Einrichtung von Bündnissen für Bildung auf Stadtteilebene zur Koordination aller stadtteilbezogenen Förderprogramme
- Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts auf alle Stadtteile.
Statt auf zunehmende Auslese zu setzen, wie sie die CDU-Landesregierung betreibt, stehen wir für Prävention und Integration aller Schülerinnen und Schüler. Wir sehen im Gemeinsamen Unterricht den richtigen Weg, der in Frankfurt seit vielen Jahren erfolgreich beschritten wird. Statt immer mehr Kinder in immer mehr Sonderschulen aus immer fadenscheinigeren Gründen zu schicken, fordern wir: Mehr Sonderpädagogen an die Regelschulen! Die erfolgreiche Kooperation von integrativer Kindertagesstätte, Grundschule und weiterführender Schule, wie es in der Nordweststadt praktiziert wird, soll stadtweit als „best practice“ Beispiel dienen.

Weiterführende Schulen: integrativ und ganztags

Gute Bildung kann nur mit den Lehrerinnen und Lehrern gelingen, die unter großem, persönlichem Einsatz ihre Vorstellung von individuellem Unterricht umsetzen. Sie müssen gestärkt und unterstützt werden. Denn die individuelle Förderung von Kindern braucht vor allem Zeit, Flexibilität, Engagement, eine fundierte pädagogische Fortbildung – besonders in der Diagnosefähigkeit – sowie die professionelle Unterstützung durch Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Dienst. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen:

- Einführung der flächendeckenden Ganztagschule mit einem räumlich und pädagogisch integrierten Konzept als gemeinsames Förderprogramm von Stadt und Land
- Auflage eines städtischen Förderprogramms mit folgenden Eckdaten (Schulprofil):
 - Lern-, Projekt- und Freizeitangebote in den Nachmittagsstunden und Reorganisation des Unterrichts bis hin zu Ganztagschulen
 - Weiterführung der kulturellen Bildung sowie der Angebote von Schulsozialarbeit an allen Schulen

- Schulübergreifende Kooperation und Verstärkung der Kooperation mit anderen Bildungsträgern (insb. Hochschulen)
- Angebote der Hochbegabtenförderung
- Begleitende bauliche Maßnahmen und Sanierung i.H.v. 30 Mio. Euro bis 2011
- Einführung eines Coaching-Programms für auffällige und abbruchgefährdete Schüler/innen an Haupt- und Berufsschulen in Zusammenarbeit mit dem Sozialdezernat.
- Ausweitung des Angebots an Gemeinsamen Unterricht (GU) gem. Bedarf.

Das 3. Gesetz zur Qualitätssicherung an Hessischen Schulen hat erhebliche Konsequenzen für allgemeinbildende wie berufliche Schulen in Frankfurt. Wir werden sehr genau verfolgen, welche Schulstandorte durch die Politik der Landesregierung gefährdet werden. Dies gilt insbesondere für kooperative Gesamtschulen, denen das sogenannte Turboabitur jede Grundlage entzieht. Wir unterstützen die Frankfurter kooperativen Gesamtschulen auf dem Weg, integrierte Gesamtschulen zu werden und nach wie vor ein Abitur nach neun Jahren anbieten können. Die Nachfrage nach dieser Schulform ist in Frankfurt ungebrochen: Auch zu Beginn dieses Schuljahres haben viele Kinder keinen Platz an einer IGS bekommen. Wir Sozialdemokraten nehmen den Elternwilen ernst und werden uns für mehr IGS-Plätze in Frankfurt einsetzen.

Das Turboabitur von Kultusministerin Wolff hat alle Frankfurter Gymnasien unfreiwillig zu Ganztagschulen gemacht, ohne ihnen dabei die finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen, die sie für eine erfolgreiche Umsetzung benötigen. Wir werden darauf achten, dass gemäß dem Konnexitätsprinzip die Folgen der Gesetzesnovellierung nicht mit Bundesmitteln aus dem Programm „Initiative Zukunft und Betreuung“ bestritten werden, die für den Ausbau von Ganztagschulen an allen Schulformen vorgesehen sind, nicht nur an Gymnasien!

Die Lehrerversorgung in Frankfurt ist auf einem traurigen Tief angekommen: Sie liegt bei nur noch 93%. Die von der Landesregierung versprochene Unterrichtsgarantie hat sich als Papiertiger erwiesen. Die SPD-Fraktion arbeitet für die Einstellung und Zuweisung von mehr Lehrerinnen und Lehrern! Wir wollen keine Vertretungsverträge und Klassenzusammenlegungen, sondern Festanstellungen und langfristige Planbarkeit für Schulen, Eltern und Schüler! Frankfurt steht mit seiner besonderen Bevölkerungsstruktur ohnehin eine stärkere Lehrerversorgung zu als anderen Regionen Hessens.

Berufsschulen: Netzwerk für Ausbildung und Vermittlung

Das Ziel der Bundesregierung, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten, wollen wir auch in Frankfurt verfolgen. Die Erosion der Dualen Ausbildung und die Umwandlung von Ausbildungs- in Praktikumsplätze muss gestoppt werden. Für Jugendliche unter 18 Jahren gilt: Ausbildungsplätze haben Vorrang vor Arbeitsplätzen. Denn je besser und umfassender Jugendliche ausgebildet sind, desto größer sind ihre Chancen, künftig in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch die weniger guten Schüler/innen von dieser Entwicklung profitieren und vergleichbare Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhalten müssen. Hier dürfen die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Folgende Maßnahmen wollen wir umsetzen:

- Stärkung des Ziels der Berufsausbildungsfähigkeit in den allgemeinbildenden Schulen
- Förderung einer Berufsbiographischen Persönlichkeitsentwicklungsplanung für jeden Schüler/jede Schülerin und Bereitstellung individueller Förderangebote, insbesondere:
 - Ausbildungs- und Integrationsberatung an jeder Schule
 - Schulsozialarbeit an jeder Berufsschule
 - Verzahnung der Angebote mit Ausbildungsagentur, IHK, Jugendberufshilfe etc.
 - Nachmittagsangebote zugunsten der Vermittlung von Allgemeinbildung, kultureller Bildung, Sprachförderung etc.
- Stärkung der Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen und Ausbau des Frankfurter Netzwerks für Ausbildung hin zu einem Frankfurter Ausbildungspakt.

Neben der Berufsausbildung ist die Hochschulausbildung das zweite wichtige Standbein für eine Wissensgesellschaft. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der BAföG-Reform die Zahl der Studienanfänger auf 37% eines Jahrgangs erhöht. Dies ist noch nicht genug. Wenn wir den Abstand zu anderen europäischen Ländern (meist über 50%) aufholen wollen, müssen wir dringend handeln: Die Einführung von Studiengebühren, wie sie die hessische Landesregierung derzeit betreibt, muss zurück genommen werden! Wir wollen nicht, dass junge Leute auf eine Hochschulausbildung verzichten, weil sie Angst vor dem Schuldenberg haben, der auf sie zukommt. Wir unterstützen die Forschungsförderung, insb. im Bereich der Nano- und Umwelttechnologie sowie den Technologie-Transfer. Und nach Jahren des Experimentierens müssen die Hochschulen endlich wieder auf eine verlässliche Finanzgrundlage gestellt werden, die nicht von den Steuereinnahmen und dem Goodwill der Landesregierung abhängig ist.

Interkulturelle Bildung der Stadtgesellschaft

In Frankfurt gibt es bereits heute eine große Zahl von Projekten, die der interkulturellen Bildung dienen und deutschen Kindern und Migrantenkindern gleichermaßen zugute kommen. Trotzdem ist es nach wie vor notwendig, die spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten der Kinder mit Migrationshintergrund zu stärken, um ihnen die Integration zu erleichtern. Wir begreifen die Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern als das, was sie ist: Als zusätzliche Kompetenz, nicht als Problem. Wir wollen daher die vorhandenen Ansätze ausweiten und weiter entwickeln. Erfolgreiche Projekte (wie bspw. „Frühstart“, „Mama lernt Deutsch“ oder „Hippy“) müssen künftig flächendeckend für alle angeboten werden. „Stadtteilmütter“ und „Bündnisse für Bildung“ schaffen die Voraussetzung dafür in den Stadtteilen. Wir wollen Bilingualität und interkulturelle Bildung von der Kita an bis zum Schul- oder Ausbildungsabschluss in unserem Bildungssystem verankern. Sie ist Teil der individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen und damit ein Schwerpunkt in allen unseren Programmen.

Gemeinsames Programm
der AfB Frankfurt und der SPD-Fraktion im Römer
(Text von Jetta Luedecke und Sylvia Weber)

Stand: 18.9.2005